



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 07/18 • 15.02.2018



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

Am Mittwoch haben Kommissionspräsident Juncker und Haushaltskommissar Günther Oettinger verschiedene Optionen für einen neuen Haushaltsrahmen nach 2020 präsentiert [Link](#)

Dieser Beitrag der Europäischen Kommission zur informellen Tagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 23. Februar 2018 enthält Optionen und Zahlen, die mögliche Entscheidungen veranschaulichen und zu einer offenen Debatte anregen sollen. Sie umfassen die Gestaltung der Kohäsions- und Agrarpolitik, sowie u.a. den Schutz der EU-Außengrenze, eine europäische Verteidigungsunion und den digitalen Wandel. Die EU-Kommission setzt sich für einen ausreichend großen Haushalt ein, spricht sich für eine Reform der Einnahmenseite des EU-Haushalts aus und verweist auf die Bedeutung einer zügigen politischen Einigung über den neuen EU-Haushalt für die Zeit ab 2021.

Die EU-Kommission will ihren förmlichen Vorschlag für ihre nächste langfristige EU-Haushaltsplanung spätestens Anfang Mai 2018 vorlegen.

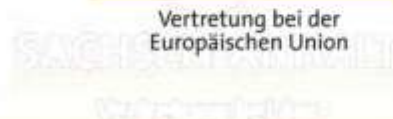
Mit besten Grüßen

Dr. Henrike Franz
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union



VEREINIGTE STAATEN

VEREINIGTE STAATEN



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Kommissionspräsident Juncker: Ideen für eine effizientere Europäische Union	
• Europäische Kommission – Winterprognose 2018	
• Europäische Kommission – Brexit: Entwurf für Übergangsregeln bis 2020	
• Europäische Kommission – Definition von KMU - Konsultation	
• Europäisches Parlament – Sonderausschuss zu Pestiziden	
• Europäisches Parlament – Europawahl 2019	
• Europäisches Parlament – Online shoppen ohne Grenzen	
• Europäisches Parlament – Sorgfältige Beurteilung der halbjährlichen Zeitumstellung gefordert	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	10
• Neue Investitionen aus dem EU-Umweltprogramm	
• 112-jährige wird Ehren-Schirmherrin des europaweiten Notrufs 112	
• Beschäftigung und soziale Lage in der EU verbessern sich stetig	
• EU und Chile erzielen Fortschritte bei Handelsverhandlungen	
• EU gibt Hinweise für einzelne Wirtschaftssektoren zur Vorbereitung auf den Brexit	
• Europäischer Forschungsrat wählt zehn deutsche Projekte zur Marktreife von Pionierforschung aus	
• Auftakt des Europäischen Kulturerbejahres in Berlin	
• Neue Leitlinien helfen bei Ausschreibungsverfahren für EU-finanzierte Projekte	
• Tag des sichereren Internets - Neue Initiative richtet sich besonders an Kinder	
<u>Was, wann, wo</u>	17
• Tag der offenen Tür der EU-Institutionen	
<u>Ausschreibungen</u>	18
• Filmwettbewerb 2018 - Reisen zu den Filmfestspielen in Cannes zu gewinnen	
<u>Kontaktbörse</u>	19
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	21
• Neu in der LV - Asli-Feyza Kursun	
• Neu in der LV - Simon Wessels	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	25
<u>Impressum</u>	26



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Kommissionspräsident Juncker: Ideen für eine effizientere Europäische Union

Am Mittwoch hat Kommissionspräsident Juncker Ideen für eine effizientere Europäische Union präsentiert. Die Mitteilung „Europa hält, was es verspricht: wie wir die institutionelle Arbeit der Europäischen Union effizienter machen können“ ist ein Beitrag der Europäischen Kommission zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 23. Februar 2018.

Darin spricht sich die EU-Kommission für das erstmals bei den letzten Wahlen zum Europaparlament 2014 angewendete Spitzenkandidatensystem aus und regt eine frühzeitige Auswahl von Spitzenkandidaten an. Darüber hinaus äußert sie sich zugunsten einer bessere Sichtbarkeit der Verbindungen zwischen nationalen/regionalen und europäischen Parteien, Spitzenkandidaten und Fraktionen im Europäischen Parlament.

Für die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments in der Wahlperiode 2019 bis 2024 ist unter Berücksichtigung des Austritts des Vereinigten Königreichs die Neuverteilung der Sitze unter den Mitgliedstaaten zu regeln. Die EU-Kommission bittet die Staats- und Regierungschefs, hierbei die Einrichtung eines transnationalen Wahlkreises für die Wahlen zum Europäischen Parlament in Erwägung zu ziehen.

Das Kollegium der Kommissare besteht aktuell aus 28 Mitgliedern. Es ist zu entscheiden, ob die Europäische Kommission weiterhin ein Mitglied aus jedem Mitgliedstaat haben oder verkleinert werden soll. Aus Sicht der EU-Kommission hat sich die derzeitige zweistufige Struktur aus Kommissaren und Vizepräsidenten bewährt und sollte – wenn ein Kommissionsmitglied pro Mitgliedstaat beibehalten werden sollte - künftig weiter ausgebaut werden.

Für die Schaffung einer doppelten Präsidentschaft des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission sprechen aus Sicht der EU-Kommission langfristig zu erzielende Effizienzgewinnen.

Die EU-Kommission regt an, die Mitgliedstaaten dazu anzuhalten, die öffentliche Diskussion und die Mitwirkung an der Gestaltung der Zukunft Europas in den kommenden Monaten zu fördern. • hf

Die Mitteilung finden Sie hier: [Link](#)



Europäische Kommission – Winterprognose 2018

Die Wachstumsraten für den Euroraum und die EU haben die Erwartungen im vergangenen Jahr übertroffen. Aus der wirtschaftlichen Erholung ist mehr und mehr ein Aufschwung geworden. Mit schätzungsweise 2,4 Prozent ist sowohl der Euroraum als auch die EU im Jahr 2017 so schnell gewachsen wie seit zehn Jahren nicht mehr. Das robuste Wachstum dürfte sich 2018 und 2019 sowohl im Euroraum als auch in der EU mit 2,3 bzw. 2,0 Prozent fortsetzen. Das ist das Ergebnis der am 7. Februar vorgelegten Zwischenprognose der Europäischen Kommission.



Die Prognose basiert auf einer Reihe technischer Annahmen für Wechselkurse, Zinssätze und Rohstoffpreise mit Stichtag 26. Januar 2018. Bei allen anderen Eingangsdaten wurden Informationen bis einschließlich 30. Januar 2018 berücksichtigt.

Ab diesem Jahr legt die Europäische Kommission anstelle der drei umfassenden jährlichen Prognosen, die sie seit 2012 im Frühjahr, Herbst und Winter veröffentlicht hat, jedes Jahr wieder zwei umfassende Prognosen (im Frühjahr und Herbst) und zwei Zwischenprognosen (im Winter und Sommer) vor.

Die Zwischenprognosen enthalten jährliche und vierteljährliche BIP- und Inflationszahlen für das laufende Jahr und die Folgejahre für alle Mitgliedstaaten und den Euroraum sowie die aggregierten Zahlen für die EU insgesamt.

Durch die Rückkehr zum alten Prognose-Rhythmus werden die Prognosen der Kommission zeitlich wieder mit denen anderer Organisationen (wie der Europäischen Zentralbank, des Internationalen Währungsfonds oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)) zusammenfallen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Die Prognose in voller Länge: Zwischenprognose Winter 2018 [Link](#)

Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen auf Twitter: @ecfin [Link](#)

Europäische Kommission – Brexit: Entwurf für Übergangsregeln bis 2020

Die Europäische Kommission hat am 7. Februar einen Entwurf der Übergangsregelungen veröffentlicht, die in das Austrittsabkommen mit Vereinigtem Königreich aufgenommen werden sollen. Die Regeln betreffen den Verbleib im Binnenmarkt und der Zollunion für einen Übergangszeitraum bis Ende 2020.

Der [Text](#) spiegelt das klare und detaillierte Mandat wider, das die Mitgliedstaaten der Kommission für solche möglichen Übergangsregelungen erteilt haben. Insbesondere werden die Grundsätze, die in den [Leitlinien des Europäischen Rates vom 29. April 2017](#) und [15. Dezember 2017](#) sowie in den am [29. Januar 2018 angenommenen Verhandlungsrichtlinien](#) niedergelegt sind, rechtlich umgesetzt.



Da das Vereinigte Königreich bis zum 31. Dezember 2020 Teil des Binnenmarktes und der Zollunion (mit allen vier Freiheiten) bleiben wird, bleibt das Vereinigte Königreich an das EU-Recht und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs gebunden. Das Unionsrecht wird auch in diesem Zeitraum in vollem Umfang auf das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich Anwendung finden. Alle Änderungen, die während dieser Zeit am EU-Recht vorgenommen werden, sollten automatisch gelten. Da das Vereinigte Königreich ab dem 30. März 2019 ein Drittland sein wird, wird es nicht mehr in den Organen, Agenturen, Einrichtungen und Ämtern der Union vertreten sein.

Der [Textentwurf](#) wird nun zwischen den Mitgliedstaaten der EU27 erörtert, bevor er dem Vereinigten Königreich formell übermittelt wird. • *eag Quelle: PM KOM*

Europäische Kommission – Definition von KMU - Konsultation

Die Kommission arbeitet derzeit eine Bewertung und mögliche Überarbeitung einiger Aspekte der Definition von KMU aus. Diese öffentliche Konsultation ist Teil des Verfahrens und soll es allen interessierten Akteuren ermöglichen, Rückmeldungen zur Bewertung und Folgenabschätzung der KMU-Definition zu geben.

Konsultationszeitraum: 6. Februar 2018 – 6. Mai 2018

Die Definition von KMU ist in der Empfehlung 2003/361/EG geregelt. Sie ist bei EU-Maßnahmen in den Bereichen Wettbewerb (staatliche Beihilfen), Strukturfonds, Forschung und Innovation sowie bei europäischen administrativen Freistellungen und Gebührenermäßigungen relevant. *Dw*

- [Konsultation](#)
- [Fragebogen](#)

Europäisches Parlament – Sonderausschuss zu Pestiziden



Das Europäische Parlament hat die Zusammensetzung eines Sonderausschusses angenommen, der sich mit dem Zulassungsverfahren der EU für Pestizide befasst. Der Sonderausschuss ist eine Reaktion auf die Bedenken hinsichtlich der Risikobewertung des Herbizids Glyphosat. Die EU-Mitgliedsstaaten haben im November letzten Jahres die Vermarktungslizenz für Glyphosat um fünf Jahre verlängert.

Der Sonderausschuss soll folgendes bewerten:

- Das Zulassungsverfahren für Pestizide in der EU;
- Potenzielle Mängel bei der wissenschaftlichen Bewertung und Zulassung von Stoffen;
- Die Rolle der Europäischen Kommission bei der Erneuerung der Glyphosat-Lizenz;
- Mögliche Interessenkonflikte im Genehmigungsverfahren;
- Die Rolle der EU-Agenturen und die Frage, ob sie über ausreichend Personal und Finanzmittel verfügen, um ihren Verpflichtungen nachzukommen.



Das Mandat des Sonderausschusses, der aus [30 Mitgliedern](#) besteht, beträgt neun Monate ab seiner ersten Sitzung. Er wird einen Abschlussbericht über Tatsachenfeststellungen und Empfehlungen vorlegen, der vom Plenum gebilligt werden muss.

Der neue Ausschuss wird seinen Vorsitz in seiner ersten Sitzung, die im Februar stattfinden soll, wählen. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Europäisches Parlament – Europawahl 2019

Das Parlament ist entschlossen, nur Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten zu akzeptieren, die als Spitzenkandidaten ihrer Parteien in den Europawahlkampf gezogen sind.



Die Europaabgeordneten werden weiterhin am Prinzip des Spitzenkandidaten festhalten, bei dem die europäischen politischen Parteien jeweils einen Kandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten vor der Europawahl benennen. Dieses System wurde erstmals 2014 eingesetzt, um den derzeitigen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker auszuwählen.

In dem Bericht des Parlaments warnen die Abgeordneten, dass das Europäische Parlament entschlossen ist, nur Kandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten zu akzeptieren, die zuvor als offizielle Spitzenkandidaten ihrer Parteien für die Europawahl 2019 in den Wahlkampf gezogen sind.

Die Abgeordneten vertreten die Auffassung, dass sich das Spitzenkandidaten-Verfahren 2014 als Erfolg erwiesen hat, weil so eine Verbindung zwischen der Wahl des Kommissionspräsidenten und dem Ausgang der Europawahl hergestellt wurde, und betonen, dass die Wahl zum Europäischen Parlament 2019 die Gelegenheit bieten wird, die Nutzung dieses Verfahrens fest zu etablieren;

In einem am 7. Februar angenommenen Bericht billigten die Abgeordneten auch die vorgeschlagenen Änderungen der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission mit 457 gegen 200 Stimmen bei 20 Enthaltungen:

- Amtierende EU-Kommissare dürfen für die Wahl zum Europäischen Parlament kandidieren und von den europäischen politischen Parteien als Spitzenkandidaten für das Amt des Präsidenten der EU-Kommission ernannt werden, ohne dass sie zuvor unbezahlten Urlaub nehmen müssen.
- Der Kommissionspräsident muss die Mitglieder des Europäischen Parlaments über die Maßnahmen informieren, mit denen gewährleistet werden soll, dass die Kommissare, die als Kandidaten im Europawahlkampf engagiert sind, die Regeln über Unabhängigkeit und Integrität einhalten.
- Die EU-Kommissare dürfen keine personellen und materiellen Ressourcen der Kommission für Aktivitäten zu Wahlkampfzwecken nutzen.

Die vorgeschlagenen Änderungen an der Interinstitutionellen Vereinbarung sind das Ergebnis von Verhandlungen zwischen der [Konferenz der Präsidenten des Parlaments](#) (Präsident und Fraktionsvorsitzende) und der Kommission. Sie wurden vom Ausschuss für konstitutionelle Fragen am 23. Januar 2018 gebilligt.



Die Änderungen des Abkommens treten in Kraft, sobald sie vom Parlament gebilligt und vom Kollegium der Kommissare förmlich gebilligt worden sind. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Europäisches Parlament – Online shoppen ohne Grenzen



Wer online einkauft, wird nun besser und leichter EU-weit auf Waren und Buchungen etwa von Hotelzimmern, Mietwagen oder Konzertkarten zugreifen können.

Die neuen Vorschriften machen Schluss mit dem sogenannten „Geoblocking“. Verbraucher werden bald selbst wählen können, auf welcher Website sie Waren oder Dienstleistungen erwerben, ohne dass sie aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Wohnsitzes oder sogar ihres vorübergehenden Aufenthaltsortes blockiert oder automatisch auf eine andere Website umgeleitet werden.

Anbieter müssen Online-Käufer aus einem anderen EU-Land genauso behandeln wie einheimische Kunden, d.h. ihnen Zugang zu gleichen Preisen oder Verkaufsbedingungen gewähren – wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt wird:

- Der Zielort der Bestellung (z.B. von Haushaltsgeräten, Elektronik, Kleidung) ist ein Mitgliedstaat, den der Gewerbetreibende in seinen allgemeinen Geschäftsbedingungen als Lieferziel ausweist, oder Kunde und Verkäufer vereinbaren einen Ort zur Abholung in einem solchen EU-Land (Verkäufer müssten nicht in alle EU-Länder liefern, aber Käufer sollten die Möglichkeit haben, das Paket an einem mit dem Händler vereinbarten Ort abzuholen);
- Es handelt sich um elektronisch erbrachte, nicht urheberrechtlich geschützte Leistungen wie zum Beispiel Cloud-Dienste, Data-Warehousing, Webhosting oder die Bereitstellung von Firewalls;
- Die erworbene Dienstleistung wird in den Räumlichkeiten des Anbieters oder an einem Standort, an dem der Anbieter tätig ist, erbracht, wie Hotelunterbringung, Sportveranstaltungen, Autovermietung sowie Eintrittskarten für Musikfestivals oder Freizeitparks.

Ebenfalls wird verboten sein, Verbraucher je nach dem Ausstellungsort einer Kredit- oder Debitkarte unterschiedlich zu behandeln. Während es Händlern weiterhin freisteht, die von ihnen gewünschten Zahlungsmittel zu akzeptieren, dürfen sie innerhalb einer bestimmten Zahlungsmarke nicht aufgrund der Nationalität diskriminieren.

Digitale urheberrechtlich geschützte Inhalte wie E-Books, Musik, Online-Spiele oder audiovisuelle und Transportdienstleistungen fallen vorerst nicht unter die neuen Regeln. Die Verhandlungsführer des Parlaments haben jedoch eine Überprüfungsklausel in das Gesetz aufgenommen, die die EU-Kommission verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren zu prüfen, ob das Verbot von Geoblocking auf solche Inhalte ausgeweitet werden sollte.

Die neuen Vorschriften wurden am 6. Februar mit 557 Stimmen angenommen, bei 89 Gegenstimmen und 33 Enthaltungen.

Die Vereinbarung zur Geoblocking-Verordnung muss noch formell vom Rat gebilligt werden. Die neuen Vorschriften werden neun Monate nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten – also noch vor Ende 2018. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



Europäisches Parlament – Sorgfältige Beurteilung der halbjährlichen Zeitumstellung gefordert

Die Abgeordneten fordern in einer am 8. Februar angenommenen Entschließung eine gründliche Bewertung der aktuellen halbjährlichen Zeitumstellung und eine eventuelle Überarbeitung der Regeln.



Bürgerinitiativen haben gezeigt, dass die Öffentlichkeit besorgt ist über die halbjährliche Zeitumstellung, die derzeit am letzten Wochenende im März und Oktober stattfindet.

Zahlreiche Studien hätten es versäumt, ein abschließendes Ergebnis zu erzielen, würden aber auf negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit hinweisen, so die Abgeordneten, die die Kommission auffordern, eine gründliche Bewertung der [Richtlinie über die Regelung der Sommerzeit](#) vorzunehmen und gegebenenfalls einen Vorschlag zu ihrer Überarbeitung vorzulegen.

Die Entschließung wurde mit 384 gegen 153 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen.

Die aktuelle Richtlinie über die Regelung der Sommerzeit, die 2001 in Kraft getreten ist, sieht EU-weit ein einheitliches Datum und eine einheitliche Uhrzeit für den Beginn und das Ende der Sommerzeit vor, um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes zu unterstützen.

• *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Neue Investitionen aus dem EU-Umweltprogramm



Mit knapp 100 Mio. Euro neu bereitgestellten Finanzmitteln des [EU-Umweltprogramms LIFE](#) sollen weitere 2 Mrd. Euro zur Unterstützung von zehn großen [Umwelt- und Klimaprojekten](#) in acht Mitgliedstaaten mobilisiert werden. Die Mittel werden für Projekte in Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Litauen, Malta, Schweden und Spanien bereitgestellt.

Integrierte Projekte verbessern die Lebensqualität der Bürger in den Bereichen [Natur](#), [Wasser](#), [Luft](#), [Abfälle](#) und [Klima](#). Sie ermöglichen es den Behörden in den EU-Mitgliedstaaten, umwelt- und klimapolitische Vorschriften in größerem Umfang umzusetzen und die Wirkung der Finanzierung von auf regionaler, multiregionaler oder nationaler Ebene entwickelten Plänen zu erhöhen.

Die integrierten Projekte in Dänemark, Frankreich, Griechenland, Litauen und Schweden tragen dazu bei, die Natur Europas weitaus umfassender zu bewahren, als dies zuvor der Fall war. Das integrierte Projekt in Frankreich soll die Abfallbewirtschaftung und -vermeidung in der Region verbessern und einen Beitrag zum Übergang zur Kreislaufwirtschaft leisten, während die Projekte in Malta und Spanien die Wasserknappheit betreffen und Lösungen für eine nachhaltige Wasserwirtschaft bieten.

10

Die Beschreibung aller 10 neuen integrierten Projekte findet sich [hier](#).

Das Programm LIFE ist das Finanzierungsinstrument der EU für Umwelt und Klimapolitik. Mit dem 1992 eingeführten Programm wurden bisher mehr als 4500 Projekte in der EU und in Drittländern finanziert; hierfür wurden insgesamt über 9 Mrd. Euro mobilisiert, davon mehr als 4 Mrd. Euro für den Umwelt- und Klimaschutz.

Seit ihrer Einführung im Jahr 2014 wurden in 14 Mitgliedstaaten 25 integrierte Projekte mit einem Gesamtbudget von über 460 Mio. Euro eingeleitet. Durch diese laufenden Projekte wird der koordinierte Einsatz von mehr als 5 Mrd. Euro an zusätzlichen Mitteln aus anderen EU- und nationalen Fonds und aus dem Privatsektor erleichtert. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Member States to benefit from €98.2 million in investments to improve citizens' quality of life [Link](#)

Programm LIFE [Link](#)

Überblick über LIFE-Projekte in Deutschland [Link](#)



112-jährige wird Ehren-Schirmherrin des europaweiten Notrufs 112

Zum Tag des europaweiten Notrufs am 11. Februar hat der Euronotruf eine neue Schirmherrin: Edelgard Huber von Gersdorff, 112 Jahre alt, unterstützt als Ehren-Schirmherrin den europaweiten Notruf 112. „Die 112 ist das Zeichen für Hilfe und ein wichtiges Symbol für die europäische Einigung“, so die Seniorin. Ein Europa – eine Notrufnummer.



Edelgard Huber von Gersdorff ist die älteste Frau Deutschlands. Es gibt nur wenige Menschen die auf einen Lebenszeitraum von 112 Jahren zurückblicken können. Ihre Erlebnisse und Erfahrungen

umfassen meist einen Großteil der europäischen Geschichte der mit Krieg, Zerstörung und Leid in Verbindung steht. Doch ein Teil der 112 Lebensjahre hat auch mit Versöhnung und Verständigung zu tun. Edelgard Huber von Gersdorff sieht gerade in der Schaffung der gemeinsamen Notrufnummer 112 ein bedeutsames Symbol im europäischen Einigungsprozess. Es ist ihr deshalb ein Herzensanliegen, als Ehren-Schirmherrin die Aktion „ein Europa - eine Nummer“ über die Brücke zur gemeinsamen Zahl 112 zu unterstützen und eines zu betonen: Wir alle sind auf Verständigung und Hilfe angewiesen – ob zwischen Ländern und Regionen, ob im Alter oder im Notfall.

Die 1905 in Gera geborene Seniorin und studierte Juristin feierte im Dezember ihren 112. Geburtstag. Die Ehren-Schirmherrin ist trotz ihrer Erkrankung an Kinderlähmung im Alter von 22 Jahren zeitlebens durch Europa gereist und hofft, dieses Jahr noch einmal nach Straßburg reisen zu können. Die europäische Politik verfolgt sie aufmerksam.

Die 112 ist eine gebührenfreie, in Europa länderübergreifende Notrufnummer. Die hohe Mobilität der Bürger Europas zeigt, wie wichtig die europaweit einheitliche Notrufnummer 112 ist, die überall ohne Vorwahl vom Mobiltelefon oder Festnetz aus gewählt werden kann. Bereits 1991 wurde die Einführung der 112 als europaweite Notrufnummer von den EU-Mitgliedstaaten gemeinsam beschlossen.

Was vor über 20 Jahren begann, hat sich zu einer europäischen Erfolgsgeschichte entwickelt: Statt über mehr als 40 unterschiedliche nationale Notrufnummern sind in der EU die Notrufzentralen heute über eine gemeinsame Nummer erreichbar: 112.

Um die Notrufnummer 112 bekannter zu machen, wurde auf Initiative des Europäischen Parlaments der Tag des europaweiten Notrufs 112 am 11.2. ins Leben gerufen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 9. Februar 2018 [Link](#)

Website des Europe Direct-Informationszentrums Stuttgart zum Euronotruf [Link](#)

Beschäftigung und soziale Lage in der EU verbessern sich stetig

Das robuste Wirtschaftswachstum ließ die Beschäftigungsquote in der EU im dritten Quartal 2017 stärker als erwartet ansteigen, die Arbeitslosenzahlen gingen erneut zurück. Dies ist das Ergebnis des jüngsten Quartalsberichts zur Beschäftigung und sozialen Lage in Europa, den Marianne Thyssen, Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, am 12. Februar vorgestellt hat.

Gegenüber dem Vorjahr stieg die Beschäftigung in der EU um 1,7 Prozent. Dies entspricht 4 Millionen zusätzlichen Beschäftigten, 2,7 Millionen davon im Euro-Währungsgebiet.



Unbefristete und Vollzeitarbeitsplätze haben wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen. Zwischen dem dritten Quartal 2016 und dem dritten Quartal 2017 nahm die Zahl der unbefristeten Arbeitsverträge um 2,8 Millionen zu. Das ist dreimal mehr als der Anstieg bei den befristeten Beschäftigungsverhältnissen (900.000). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten stieg um rund 3 Millionen auf 181 Millionen, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um etwa 300.000 auf 42,7 Millionen stieg.

Die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen in der EU ist in den letzten drei Jahren kontinuierlich gestiegen und erreichte im dritten Quartal 2017 den Rekordwert von 72,3 Prozent.

Dennoch bestehen nach wie vor große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Die nationalen Beschäftigungsquoten reichten von 58 Prozent in Griechenland bis 82 Prozent in Schweden. Der Bericht zeigt auch, dass sich die Arbeitslosenquote allmählich wieder ihrem Vorkrisenstand nähert. Mit insgesamt weniger als 18 Millionen Arbeitslosen wurde der niedrigste Stand seit November 2008 erreicht.

Auch andere Arbeitsmarktzahlen des Quartalsberichts zeigen, dass sich die EU-Wirtschaft auf dem Weg der Besserung befindet.

Der Quartalsbericht zur Beschäftigung und sozialen Lage in Europa gibt einen Überblick über jüngste Entwicklungen im Sozialbereich und auf den Arbeitsmärkten in der EU. Untersucht werden kurzfristige Veränderungen des BIP und Beschäftigungstrends. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Beschäftigungssituation und soziale Lage in der EU verbessern sich stetig [Link](#)

Website zur europäischen Säule sozialer Rechte [Link](#)

Beschäftigung und Sozialanalyse der GD EMPL [Link](#)

EU und Chile erzielen Fortschritte bei Handelsverhandlungen

Die Europäische Kommission hat am 6. Februar ihr Versprechen für mehr Transparenz in Handelsverhandlungen untermauert und 18 Textvorschläge zu einem modernisierten Handelsabkommen zwischen der EU und Chile veröffentlicht. Darüber hinaus hat sie den Bericht über die in der jüngsten Verhandlungsrunde erzielten Fortschritte auf ihren Internetseiten für alle interessierten Kreise zugänglich gemacht.

Die Verhandlungsrunde hatte vom 15. bis 19. Januar in der chilenischen Hauptstadt Santiago stattgefunden. Dabei ging es um die Erleichterung der Zollaufgaben, den Handel mit Dienstleistungen, Investmentpolitik, Ursprungskennzeichnung sowie Wettbewerb und geistiges Eigentum. Beiden Seiten ist daran gelegen, in diesen Bereichen Fortschritte zu erzielen und die Gespräche bald fortzusetzen.

Die EU hat mit Chile 2002 ein Assoziierungsabkommen abgeschlossen, das auch ein Handelsabkommen miteinschließt. Dieses trat 2003 in Kraft und soll nun modernisiert werden.

• *eag Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:

Daily News vom 06.02.2018 [Link](#)

Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Chile [Link](#)



EU gibt Hinweise für einzelne Wirtschaftssektoren zur Vorbereitung auf den Brexit

Welche Folgen hat der Brexit für Finanzdienstleister, die Autoindustrie oder die Luftfahrt? Die Europäische Kommission veröffentlicht fortlaufend technische Mitteilungen zu einzelnen Sektoren, damit Wirtschaftsteilnehmer sich rechtzeitig auf den Austritt des Vereinigten Königreichs am 30. März 2019 vorbereiten können. Die Mitteilungen sind an einer Stelle gebündelt auf der [Website der Kommission](#) zu finden. Zum Abschluss der jüngsten Brexit-Verhandlungsrunde hat EU-Chefverhandler Michel Barnier am 9. Februar gewarnt, dass ein Verbleib im Binnenmarkt und Zollunion für einen Übergangszeitraum bis Ende 2020 „nicht als gegeben“ angesehen werden könne, sofern die Differenzen mit der britischen Regierung über den Übergangszeitraum nicht ausgeräumt werden können.

Die britischen Unterhändler hätten bis jetzt nicht erläutert, wie sie sich die künftigen Beziehungen nach dem Brexit 2019 vorstellen, sagte Barnier. Die Zeit werde knapp.

Ungeklärt ist unter anderem weiterhin, wie die Neuerrichtung einer Grenze zwischen Irland und Nordirland vermieden werden kann. „Es ist wichtig, die Wahrheit zu sagen“, sagte Barnier. „Eine Entscheidung des Vereinigten Königreichs, den Binnenmarkt zu verlassen und die Zollunion zu verlassen, würde Grenzkontrollen unumgänglich machen.“ • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressekonferenz von Michel Barnier nach der jüngsten Verhandlungsrunde (6.-9. Februar 2018) [Link](#)

Vorbereitung auf den Brexit: Mitteilungen der Dienststellen der Europäischen Kommission über die rechtlichen und praktischen Auswirkungen des Rückzugs des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union gemäß Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union [Link](#)

Website der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland über die Brexit-Verhandlungen: Dokumente, Reden, Positionspapiere und Faktenblätter [Link](#)

13

Europäischer Forschungsrat wählt zehn deutsche Projekte zur Marktreife von Pionierforschung aus



Der Europäische Forschungsrat hat am 8. Februar 58 Projekte, darunter 10 aus Deutschland, bekanntgegeben, die Zuschüsse dafür erhalten, ihre Pionierforschung zur Marktreife zu bringen. Damit erhöht sich die Zahl der deutschen Projekte, die über eine so genannte „Proof of Concept“-Hilfe gefördert werden, auf 86 seit dem Start dieses Finanzhilfe-Instruments im Jahr 2011.

Die „Proof of Concept“-Finanzhilfen von bis zu 150.000 Euro richten sich an Forscher, die das Marktpotenzial ihrer wissenschaftlichen Entdeckungen untersuchen. Zu den geförderten deutschen Projekte gehört das von Professor Nicolas Plumere von der Ruhr-Universität Bochum zu Nitrat-Biosensoren, mit denen Landwirte durch den besseren Einsatz von Düngemitteln mehr Erträge erwirtschaften können. Ein weiteres Beispiel ist ein Projekt der Technischen Universität München von Professor Kilian Eyerich zu Testmethoden für Hautkrankheiten, die letztlich die Diagnose und Behandlung der Patienten verbessern werden.



Zusammen mit den aktuellen Preisträgern können nun insgesamt 160 Forscher mit Hilfe der „Proof of Concept“-Finanzhilfen Geschäftschancen und Rechte des geistigen Eigentums prüfen oder eine Machbarkeitsstudie durchführen. Insgesamt standen 24 Mio. Euro für den Wettbewerb zur Verfügung.

Die Finanzhilfen „Proof of Concept“ werden vom Europäischen Forschungsrat (ERC) vergeben und sind Teil des EU-Programms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“. Der Forschungsrat, der 2007 von der Europäischen Union eingerichtet wurde, ist die erste europäische Finanzierungsorganisation für Spitzenforschung. Sie wählt jedes Jahr die besten, kreativsten Forscher mit Nationalität und Alter aus und finanziert Projekte in Europa.

„Proof of Concept“ ist ein ergänzender Zuschuss zu den Forschungsstipendien des ERC. Er ist für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gedacht, die bereits ein ERC-Stipendium innehaben, ein Forschungsergebnis aus ihrem laufenden oder bereits abgeschlossenen Projekt vorkommerziell verwerten und einen ersten Schritt zum Technologie-Transfer machen möchten. Ziel eines Proof-of-Concept-Projektes ist es, das Marktpotential einer solchen Idee zu überprüfen. Der Forschungsrat finanziert hiermit also keine Forschungsaktivitäten, sondern Maßnahmen zur Weiterentwicklung im Hinblick auf die Anwendungsreife, Kommerzialisierung oder Vermarktung der Idee. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung des Forschungsrates: 160 ERC grantees backed to bring frontier research to market [Link](#)

Daily News vom 8. Februar 2018 [Link](#)

Auftakt des Europäischen Kulturerbejahres in Berlin

14

Bei einer Auftaktveranstaltung im Berliner Rathaus haben Richard Kühnel, der Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland und Dr. Klaus Lederer, der Senator für Kultur und Europa gemeinsam mit zahlreichen Akteuren aus dem Kultursektor am 12. Februar vor rund 400 Gästen die Berliner Aktionen zum Europäischen Kulturerbejahr 2018 vorgestellt.



Die europäische Integration wird nicht nur von der Wirtschaft getragen und getrieben. Das Fundament bildet der Glaube an gemeinsame Werte. Das Europäische Jahr des Kulturerbes soll das Bewusstsein für die soziale und wirtschaftliche Bedeutung des kulturellen Erbes stärken. Tausende von Initiativen und Veranstaltungen in ganz Europa bieten Bürgerinnen und Bürger aus allen Bevölkerungsschichten die Möglichkeit, mitzumachen. Neben Projekten und Initiativen in den EU-Mitgliedstaaten, Gemeinden und Regionen sind auch von der EU finanzierte, länderübergreifende Projekte geplant. Im Europäischen Jahr des Kulturellen Erbes wird es tausende von Veranstaltungen quer durch die EU und quer durch Deutschland geben.

In Deutschland koordiniert die Geschäftsstelle des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz (DNK) die Durchführung dieses Themenjahres in Abstimmung mit Bund, Ländern und Kommunen.





Die Mitwirkung am Europäischen Kulturerbejahr 2018 ist möglich für alle öffentlichen und privaten Träger, Bewahrer und Vermittler des kulturellen Erbes, also beispielsweise Museen, Gedenkstätten, Archive, Bibliotheken bzw. Verwaltungen, Eigner, Träger, Vereine, Fachgesellschaften, Förderkreise etc., wie auch für die Zivilgesellschaft, für bürgerschaftliches Engagement und für jede und jeden, die das Anliegen unterstützen oder mehr über die europäische Dimension unseres kulturellen Erbes erfahren möchten. Die Mitwirkung muss und sollte sich nicht auf 2018 beschränken. Das DNK informiert über Ansprechpartner und Unterstützungsmöglichkeiten auf seiner [Website](#). • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Europäisches Kulturerbejahr 2018 in Berlin [Link](#)

Pressemitteilung: Startschuss für das Europäische Jahr des Kulturerbes 2018 [Link](#)

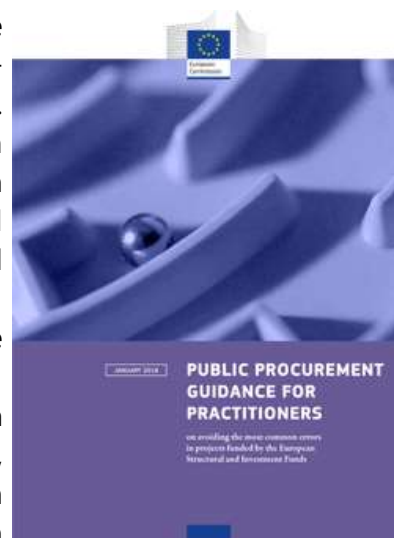
Fragen und Antworten zum Europäischen Jahr des Kulturerbes [Link](#)

Deutsche Website zum Kulturerbejahr 2018: Sharing Heritage [Link](#)

Neue Leitlinien helfen bei Ausschreibungsverfahren für EU-finanzierte Projekte

Die EU-Kommission will nationale, regionale und lokale Verwaltungen bei öffentlichen Vergabeverfahren für EU-finanzierte Projekte besser unterstützen. Dazu hat sie am 13. Februar einen Leitfaden herausgegeben. Die Leitlinien werden in Kürze in allen Amtssprachen verfügbar sein. Sie decken den gesamten Prozess von A bis Z ab, von der Vorbereitung und Veröffentlichung der Ausschreibungen über die Auswahl und Bewertung der Angebote bis hin zur Vertragsabwicklung.

Der Leitfaden enthält Tipps zur Vermeidung von Fehlern, gute Praktiken und nützliche Links und Vorlagen. Außerdem wird erläutert, wie die Möglichkeiten der überarbeiteten [Vergaberichtlinien von 2014](#) optimal genutzt werden können, d.h. weniger Bürokratie und mehr Online-Verfahren, um Kleinunternehmen die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen zu erleichtern, sowie die Möglichkeit, bei der Vergabeentscheidung neue Kriterien für die Auswahl sozial verantwortlicher Unternehmen und innovativer, umweltfreundlicher Produkte einzuführen.



Die [Europäischen Struktur- und Investitionsfonds](#) (ESI-Fonds) leiten über 450 Mrd. EUR in die EU-Realwirtschaft im Förderzeitraum 2014-2020, wovon die Hälfte über das öffentliche Beschaffungswesen investiert wird. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Leitlinien für öffentliche Vergabeverfahren für EU-finanzierte Projekte [Link](#)

Infografik über die Leitlinien [Link](#)

Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Nutzung kohäsionspolitischer Mittel [Link](#)



Tag des sichereren Internets - Neue Initiative richtet sich besonders an Kinder

Zum Tag des „Sicheren Internets“ am 6. Februar hat Digital-Kommissarin Mariya Gabriel die Initiative #SaferInternet4EU gestartet, die mit verschiedenen Programmen über das gesamte Jahr 2018 für mehr Sicherheit im Internet sorgen soll. Ziel ist es, das Bewusstsein für die Risiken des Internets in der Gesellschaft zu schärfen. Die Initiativen umfassen die Förderung von Cyberhygiene, Medienkompetenz, kritischem Denken und digitalen Fähigkeiten und richten sich vor allem an Kinder, Eltern und Lehrkräfte.



Im Rahmen von #SaferInternet4EU wird am 1. März auch ein Wettbewerb gestartet, bei dem verschiedene Projekte ausgezeichnet werden, die das Internet für Kinder sicherer machen sollen. Darüber hinaus werden offene Online-Kurse für Lehrkräfte angeboten, in denen sie Material und Vorschläge zur Gestaltung des Unterrichts zu Online-Sicherheit und Cyberhygiene erhalten.

Die Initiative soll bisherige Programme unterstützen. Seit 2004 setzt zum Beispiel [klicksafe](#) in Deutschland den Auftrag der EU-Kommission um, Internetnutzern die kompetente und kritische Nutzung von Internet und Neuen Medien zu vermitteln. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Factsheet #SaferInternet4EU- Initiative [Link](#)

Die EU-Initiative für mehr Sicherheit im Netz [Link](#)

Die Website zur #SaferInternet4EU- Initiative [Link](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Tag der offenen Tür der EU-Institutionen

Jedes Jahr im Mai öffnen die Europäischen Institutionen an einem Samstag ihre Türen für die Bevölkerung. Dieser Tag ist eingebettet von den beiden Europatagen.

Als Europatag werden zwei Tage im Jahr bezeichnet, an denen ein Feiertag für Europa begangen wird: Der [5. Mai](#) jedes Jahres erinnert an die Gründung des [Europarates](#). Am [9. Mai](#) jedes Jahres gedenkt man der [Schuman-Erklärung](#).

Der Tag der offenen Tür 2018 ist terminiert auf den 5. Mai. Details folgen zu einem späteren Zeitpunkt.

In dem Zeitrahmen findet auch bundesweit die Europawoche statt. Informationen zur Europawoche in Sachsen-Anhalt finden Sie hier [Link](#) und auf Facebook [Link](#).

Veranstaltungen können noch bis zum 23. Februar angemeldet werden.

- *eag Quelle: Rundmail AdR vom 24. Januar 2018*





Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Filmwettbewerb 2018 - Reisen zu den Filmfestspielen in Cannes zu gewinnen

Wissen über europäische Filme, Fernsehserien und Spiele kann sich für die Teilnehmer am EU – Filmwettbewerb 2018 auszahlen. Zehn Gewinnern eines Quiz' winken Reisen zu den Filmfestspielen in Cannes vom 14. bis 16. Mai nebst Hotelübernachtung. Zu beantworten sind 18 Fragen, etwa nach preisgekrönten Filmen oder nach Handlungen und Charakteren aus Animationsfilmen und Serien. Die Teilnahme an dem Online-Quiz ist bis zum 18. März möglich, die Gewinner werden Anfang April bekannt gegeben. Seit 1991 investiert die EU im Rahmen des Programms Creative Europe MEDIA in Europas audiovisuelle Industrie und fördert damit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der europäischen Filmschaffenden. Jedes Jahr unterstützt sie rund 2.000 Projekte, darunter Filme, Fernsehserien, Videospiele, Trainingsinitiativen und Kinos.

- *eag Quelle: EU-Nachrichten 02/18*



Creative
Europe
MEDIA

Zum EU-Filmcontest [Link](#)

PS: Vom 15. bis 25. Februar läuft die 68. Berlinale auf der der European Film Market eine zentrale Rolle einnimmt. Über die durch Creative Europe MEDIA geförderten und teilnehmenden Filme wird in einer der nächsten Ausgaben berichtet.

Die internationale Jury, die über die Vergabe der Bären entscheidet, wird in diesem Jahr von Tom Tykwer als Jury-Präsident geleitet.



Mehr zur 68. Berlinale gibt es hier: [Link](#)



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Erasmus KA2 France	Agnes Soulard, a.soulard@aana.fr +33 5 56 01 33 57	<p>The Limousin association for Quality and Origin (Association Limousine de la Qualité et de l'Origine, also known as Limousin Promotion) and the Nouvelle-Aquitaine food agency (Agence Alimentaire Nouvelle-Aquitaine, AANA) are looking for partners interested to participate in a project in the framework of the Erasmus + call for proposals KA2: Strategic partnerships in the field of education and training (Action : Strategic partnership). Limousin Promotion will be leader.</p> <p>The project will focus on training meat industry stakeholders on the societal issues and to better communicate. Objectives :</p> <ul style="list-style-type: none">• Improving the governance and the communication strategy of meat industry to meet market expectations on 4 topics<ul style="list-style-type: none">○ Environmental impact;○ Animal welfare;○ Human health risk management;○ Breeding model• Helping industry to develop tools in order to handle controversy;• Helping industry to adapt its strategy to new societal challenges;;• Developing skills to better promote food and farming;• Anticipating change and being agent of change;• Promoting farmer profession;• Using ICT to limit controversies;• Developing jobs. <p>The project will last 2 years :</p> <ul style="list-style-type: none">• First year : improving knowledge on societal evolutions and their impacts on meat industry;• Second year : Developing communication tools. <p>Limousin Promotion is looking for partners from meat industry in Europe.</p>



<p>Erasmus Sport</p> <p>Spain</p>	<p>Itxaso Gomez Project Officer Gestores Europeos +34 688 71 11 00 i.gomez@gestoreseuropeos.com</p> <p>URGENT</p>	<p>The Basque Government (Sport and Physical Directorate) is looking for partners to take part in a project under <u>Erasmus+ Sport Call (Collaborative Partnerships)</u>.</p> <p>The overall objective of this project is to increase the availability and quality of European sport related evidence and data at regional and national level.</p> <p>The goal is to define and develop a set of shared indicators which will be measured by the participating European regions and member states, and then gathered in a shared web platform. This project will serve as a pilot which will then be opened to the participation of all European regions and member states</p>
---------------------------------------	--	---



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Neu in der LV - Asli-Feyza Kursun

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
in den kommenden sechs Monaten werde ich, Asli-Feyza Kursun, mein Praktikum in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in der EU absolvieren.
Im September 2016 führte mich mein Interesse an europäischer Politik und ihrer Verwaltung aus meiner Heimat der Südpfalz heraus an die Hochschule Harz in Halberstadt, an welcher ich inzwischen im 4. Semester Europäisches Verwaltungsmanagement studiere. Neben Politik und Verwaltung sind auch wirtschaftliche und juristische Fragen Teil meines Studiums.
Auf das Praktikum wurde ich durch eine Informationsveranstaltung im Mai 2017 an unserer Hochschule aufmerksam. Sofort weckte es mein Interesse. Während meines Praktikums möchte ich nun insbesondere den Bereich der Presse, der Öffentlichkeitsarbeit, der Informationsgesellschaft und Medien unterstützen und hoffe, mein bisheriges theoretisches Wissen mit ersten praktischen Erfahrungen ergänzen zu können.
Ich freue mich auf die bevorstehende Zusammenarbeit mit der Landesvertretung, sowie meine bevorstehende Zeit in Brüssel.

Mit freundlichen Grüßen
Asli-Feyza Kursun

21

Neu in der LV - Simon Wessels

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
mein Name ist Simon Wessels und in den kommenden sechs Monaten werde ich hier mein Praktikum absolvieren. Gebürtig stamme ich aus Niedersachsen, aber durch mein Bachelorstudium an der Hochschule Harz, kam ich auch mit dem Bundesland Sachsen-Anhalt in Berührung. An der Hochschule Harz studiere ich nun im vierten Semester den interdisziplinären Studiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement“. Dort begeistere ich mich vor allem für die Module, die Politik und Recht zum Thema haben.
Im Frühjahr des vergangenen Jahres wurde ich dann durch die von Frau Dr. Franz gehaltene Infoveranstaltung an unserer Hochschule auf ein Praktikum an der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt aufmerksam. Auf die gemeinsame Arbeit mit dem gesamten Team und insbesondere mit meiner zuständigen Referentin Frau Dr. Schwarz, freue ich mich bereits sehr. Ich erhoffe mir, mit diesem Praktikum eine neue Sichtweise und zugleich tiefere Einblicke in politische Geschehen und Prozesse zu erlangen.

Mit freundlichen Grüßen
Simon Wessels



GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Die Olympischen Winterspiele finden bis zum 25. Februar in Pyeongchang statt. Dass Sport ein bedeutendes europäisches Thema ist, erkennt man im Artikel 165 des 2009 in Kraft getretenen Lissabon-Vertrages. Darin heißt es: „Die Union trägt zu Förderung der europäischen Dimension des Sports bei und berücksichtigt dabei dessen besondere Merkmale, dessen auf freiwilligem Engagement basierende Strukturen sowie dessen soziale und pädagogische Funktion“.

Mit dem Jahr 2014 trat das neue EU-Förderprogramm für Bildung, Ausbildung, Jugend und Sport in Kraft, unter dem Namen Erasmus+. Somit ist es erstmalig möglich Förderungen für reine Sportveranstaltungen zu erhalten.

- 1) Wie groß ist das Budget für solche Sportförderungen? Und wie groß ist der Anteil am Gesamtbudget von Erasmus+?
 - a. 798 Millionen Euro (12% des Erasmus+ Gesamtbudgets)
 - b. 534 Millionen Euro (14% des Erasmus+ Gesamtbudgets)
 - c. 266 Millionen Euro (1,8% des Erasmus+ Gesamtbudgets)

Alternativ können Projekte des Sports auch anders gefördert werden. Weitere Programme der EU können unterstützen, wenn andere Aspekte thematisiert und somit gefördert werden. Solche Aspekte könnten Bildung, Soziales, Gesundheit oder auch Umwelt sein.

- 2) Welches der folgenden Programme ist europaweit anerkannt und fördert Menschen im Bereich der nicht formalen und informellen Bildung?
 - a. Erasmus+ Jugend auf Achse
 - b. Erasmus+ Jugend in Aktion
 - c. Erasmus+ Jugend in Bewegung



Bereits seit 1983 ruft die Europäische Union bzw. die Kommission die sogenannten Europäischen Jahre aus. So auch in diesem Jahr: 2018 – Europäisches Jahr des Kulturerbes. Während dieser Jahre findet eine europaweite themenbezogene Öffentlichkeitsarbeit statt. So wird der gesellschaftliche Dialog angestoßen und die angesprochenen Themen erlangen Aufmerksamkeit.

- 3) So gab es vor ein paar Jahren das „Europäische Jahr der Erziehung durch den Sport“. In welchem Jahr wurde dieses ausgerufen?
- a. 1997
 - b. 1993
 - c. 2004



Antworten:

- 1) Antwort c) ist korrekt. Das Sportkapital von Erasmus+ liegt bei 266 Millionen Euro. Das sind circa 1,8 Prozent des Gesamtbudgets von 14,7 Milliarden Euro. Erasmus+ läuft bis 2020 und vereint sieben wichtige Programme welche Angebote für Einzelpersonen und Organisationen bieten.

- 2) Antwort b) Erasmus+ Jugend in Aktion ist korrekt. Erasmus+ Jugend in Aktion fördert außerschulische Aktivitäten von Jugendlichen in ganz Europa. In über 30 Ländern wird das Projekt mit 33 Nationalagenturen umgesetzt. Dem Programm stehen 1,47 Milliarden Euro zur Verfügung, das entspricht etwa 10% des Gesamtbudgets von Erasmus+.

- 3) In den vergangenen beiden Jahren hatte sich die Europäische Kommission dazu entschlossen kein Motto für ein Europäisches Jahr auszurufen. Das Jahr 1997 (a) bezog Stellung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. 1993 (b) war das Jahr der älteren Menschen. Antwort c) ist somit korrekt, 2004: das Europäische Jahr der Erziehung durch den Sport. Solche Mottos haben oft einen Aktualitätsbezug.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
NN	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Valentin Heller (VH)	Praktikant	...22	E-Mail
Julia Shirley Alsleben (JSA)	Praktikantin	...22	E-Mail
Asli-Feyza Kursun (AFK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Simon Wessels (SW)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.



SACHSEN-ANHALT
VERTRETUNG BEI DER
EUROPÄISCHEN UNION

